

Oranjes Offenbarungseid

Das Fußballspiel Deutschland – Niederlande offenbart die Probleme beider Mannschaften: Für die einen sind sie luxuriös, für die anderen desaströs **Seite 27**

Agenda

www.ftd.de/agenda



Will der **Pflegedienst** wirklich helfen, oder will er nur Geld? Der deutsche Staat gibt jedes Jahr Milliarden für die Pflege alter und kranker Menschen aus – und Kriminelle kassieren kräftig ab

Andreas Große Halbuer, Berlin

Diese Augen. Carola Röder muss sofort an diese Augen denken, wenn sie von dem alten Mann erzählt. An diesen ängstlichen, scheuen Blick. Wie er da stand in der karg eingerichteten Wohnung, dürr und schwächlich, in dunkler Stoffhose und braunem Strickpulli. Wie er nach ihren Händen griff, sie umarmte, immer und immer wieder. Wie er dabei in brüchigem Deutsch „Falsch, falsch!“ flüsterte und mit dem Kinn in Richtung seines Pflegers deutete, ganz zaghaft, damit der nichts bemerkt.

Manchmal spielen ihr die Leute etwas vor, wenn Carola Röder Hausbesuche macht. Aber dieser Mann hier, das spürte die Controllerin des Bezirksamts Berlin-Neukölln, war in Schwierigkeiten.

Schnell organisierte Röder eine Dolmetscherin, so erfuhr sie seine Geschichte: Auf der Straße habe ihn ein Mitarbeiter eines türkischen Pflegedienstes auf Deutsch angesprochen, erzählte ihr der Mann. Er, ein serbischer Kriegsflüchtling, habe kaum ein Wort verstanden. Man wolle ihm helfen. Er müsse nur so tun, als sei er krank, falls jemand fragt. Es solle nicht zu seinem Schaden sein.

Hilfe konnte er gut brauchen, so allein und alt in einem fremden Land. Er willigte ein, sogar einen Wohnungsschlüssel gab er dem Pflegedienst. Von da an saßen an jedem zweiten Tag fremde Männer und Frauen in seiner Küche. Sie gingen ihm nicht zur Hand, saßen einfach herum, telefonierten auf Türkisch. Und übernahmen Schritt für Schritt die Kontrolle über sein Leben.

Erst erledigten sie seine Post, dann regelten sie seine Finanzen, schließlich unterschrieben sie in seinem Namen Formulare, die er nicht verstand. Sie machten ihn auf dem Papier zu einem Pflegefall, kassierten monatlich 3400 Euro. Wenn Behördenleute klingelten, musste er sich schnell ins Bett legen, bemühtenswerten gucken – und den Mund halten.

Über Jahre ging das so.
Bis Frau Röder vor der Tür stand.

Rathaus Neukölln, Zimmer A 355. Eine schlichte Amtsstube. Schreibtisch, Stuhl, ein paar Aktenschränke, Linoleumboden. Hier beginnen Röders Recherchen. Sie führen die 41-Jährige in eine dunkle Welt, in der getrickt, gelogen und gedroht wird. In der betrügerische Pflegedienste den Sozialstaat schröpfen und Millionen ergaunern.

An ihrem Schreibtisch klebt ein Schriftzug, dort steht, in schwarzer Schrift auf weißem Grund: „Willkommen in der Hölle!“

Röder, schwarze Haare, schwarze Jeans, schwarzes Oberteil, spürt Abrechnungsbetrüger in der ambulanten Pflege auf. Wie eine Detektivin geht die gelernte Krankenschwester vor. Sie puzzelt Hin-

Die Pflege-Connection

In deutschen Städten plündern kriminelle Pflegedienste im großen Stil den Sozialstaat aus. Die Täter sind clever, die Kontrollen versagen, die Justiz ist hilflos. Innenansicht eines mafiösen Systems

weise von Angehörigen, verdächtige Abrechnungen und Eindrücke vor Ort zu einem Bild zusammen. Es ist ein düsteres Bild: Röder, eine fröhliche Frau ohne jeden Hang zur Schwarzmalerei, spricht von organisierter Kriminalität, von mafiösen Strukturen. „Einige Fälle“, sagt Röder, „sind einfach nur beängstigend.“

Über die Jahre hinweg haben kleine private Pflegedienste in Berlin und anderen deutschen Großstädten offenbar ein engmaschiges Netz aus zugelegten Ärzten, Psychologen, Betreuern und Anwälten gesponnen.

Fahnder wie Röder beschreiben es als geschlossenes System mit hoher krimineller Energie und wechselseitigen Abhängigkeiten. Die Masche ist immer die gleiche: Ambulante Dienste werben Pseudopflegefälle an und rechnen sie mit den Sozialämtern oder Pflegeversicherungen ab.

Sie organisieren Atteste, fälschen Pflegedokumentationen, überlisten Kontrolleure. So werden aus rüstigen Rentnern oder leicht altersschwachen Senioren auf dem Papier bettlägerige Schwerstpflegefälle. Röders Amt ging im September mit einigen Fällen an die Öffentlichkeit, um Druck zu machen. Die Lokalpresse berichtete.

Röder und andere Fahnder betonen, dass sie jetzt genauer hinschauen und dass sie verblüfft sind ob der Professionalität und Dreistigkeit der Betrüger. Bevorzugte Zielgruppe sind Neuankommlinge aus Russland, dem Balkan oder der Türkei. Als Menschen, die noch nicht in die Pflegekasse eingezahlt haben. Wenn sie eine Aufenthaltserlaubnis haben, übernimmt der Staat die Kosten.

Um sie zu finden, annoncieren die Betrüger in russischen oder türkischen Zeitungen, klappern in Vierteln mit hohem Migrantenanteil Wohnung für Wohnung ab, sprechen Landsleute in den Kulturzentren und Diskotheken an, bestechen gesetzliche Betreuer, verschaffen sich Zugang zu den Daten der Melde- und Ausländerämter.

Sie suchen nach Menschen, die schlecht Deutsch sprechen und wenig gebildet sind, die den Behördenapparat nicht kennen, die in ihrer neuen Heimat fremdeln und nichts zu verlieren haben. Oft genug bekommen sie als Dank von den Pflegediensten ein paar Euro im Monat, das macht sie zu Mittätern, dann stellen sie keine Fragen.

Manche der angeblich Pflegebedürftigen, die sie anwerben, haben sogar ihren Wohnsitz nur pro forma in Deutschland, verbringen die meiste Zeit des Jahres im Ausland. Der Pflegedienst rechnet trotzdem ab, berichtet Insider. Die Dienste haben nur ein Ziel: möglichst viele Fälle in der Kartei zu haben. Denn je mehr Fälle, desto mehr Geld.

Und Geld ist im deutschen Pflegesystem reichlich vorhanden. Jedes Jahr wechseln Milliardenbeträge den Besitzer. Von den deutschlandweit etwa 2,5 Millionen Pflegebedürftigen werden etwa 70 Prozent in den eigenen vier Wänden versorgt. Die 12000 Pflegedienste rechneten allein im vergangenen Jahr 10 Mrd. Euro mit den Pflegekassen ab.

Getrickt und gemauschelt wird in der Pflege seit jeher. Sind also das, was Röder und andere Ermittler beschreiben, dramatische Einzelfälle, wie Wohlfahrtsverbände jetzt beschwichtigend sagen? Auswüchse der Hartz-IV-Metropole Berlin?

Der Staat zahlt

Wer in die Pflegeversicherung einbezahlt hat, bekommt Geld aus der **Pflegekasse** – je nach Pflegestufe, in die er eingruppiert wurde. Aber der Sozialstaat unterstützt mit der **Hilfe zur Pflege** auch arme Bedürftige, die nicht einbezahlt haben, weil sie etwa erst im Alter hergezogen sind.

Milliardenmarkt

Leistungsausgaben für Pflege in Deutschland in Mrd. €



* ambulant, ** ambulant und stationär

„Nein“, sagt der Leiter der Betrugsstelle einer großen Krankenkasse. „Es gibt diese kriminellen Strukturen in jeder größeren deutschen Stadt.“ Die Zahl der Fälle steige, der Schaden gehe in die Millionen. „Das ist ein gewaltiges Problem“, sagt er. „Aber da traut sich einfach keiner richtig an.“

Das glaubt auch Claus Füssek. Der Münchner Sozialpädagoge prangert seit Jahren Missstände in der Versorgung der Alten und Kranken an. Niemand kontrolliere, was hinter verschlossenen Türen geschehe. „In der häuslichen Pflege“, urteilt Füssek, „haben wir praktisch einen rechtsfreien Raum.“

Bei Angehörigen und Mitarbeitern ist die Angst groß. Sie fürchten Vergeltungsschläge, wenn sie auspacken, denn die Rädelführer sind nicht zimperlich. Manche aber packen aus. Anonym.

Es sind kriminelle Geschichten aus einer Welt jenseits des Rechtsstaats, mitten in Deutschland.

Da ist der Mitarbeiter eines russischen Pflegedienstes, der sagt: „Über 80 bis 90 Prozent aller Pflegebedürftigen werden überhaupt nicht gepflegt, bekommen dafür aber jeden Monat Pflegegeld. Das ist oft viel höher als Sozialhilfe. Ältere Menschen sind zufrieden.“ In holprigem Deutsch beschreibt er weiter, dass der Pflegedienst gezielt Sozialhilfeempfänger von anderen Diensten abwirbt und mit Zahlungen ködert: „Patienten bekommen monatlich ein Drittel von dem Geld, das der Pflegedienst vom Sozialamt für Pflege bekommt.“

Da ist die türkische Frau, die ihren Mann pflegt. „Ich wurde immer wieder auf der Straße angesprochen oder zu Hause aufgesucht und gefragt, ob ich nicht einen Pflegedienst zur Unterstützung bei der Pflege benötige.“ Man habe ihr eine Anstellung angeboten, gekoppelt an eine Arbeitserlaubnis. Sie bekommt seitdem ein paar Hundert Euro vom Pflegedienst, kümmert sich wie vorher um ihren Mann, der Pflegedienst rechnet mit den Ämtern ab, macht sonst aber nichts und kassiert den Rest.

Ein Pfleger sagt gleich zu Beginn des Treffens in einem Berliner Café, dass er sehr vorsichtig sein müsse. Sein ehemaliger Arbeitgeber habe ihm indirekt gedroht: Man wisse mit Leuten umzugehen, die zu viel plaudern. Jetzt plagt ihn die Angst, dass seiner Familie etwas zustoßen könnte. Denen sei alles zuzutrauen, sagt er, sie zeigten keinerlei Respekt vor dem Rechtsstaat. Dann legt er los.

Er habe für einen auf osteuropäische Einwanderer spezialisierten Pflegedienst gearbeitet. Der habe eine „Schattenarmee aus Teilzeitkräften“ geführt, die ihre Angehörigen als angebliche Pflegefälle mitbrachten. Die teils tatsächlich hilfebedürftigen Patienten seien – auf dem Papier – sehr krank gewesen: Tuberkulose, Hepatitis, Diabetes, Osteoporose,

Fortsetzung auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 23

Demenz, posttraumatische Belastungsstörung, volles Programm. „Die hätten halb tot sein müssen mit so vielen Krankheiten auf einmal, aber Kassen und Sozialämter haben anstandslos gezahlt.“

Der Vorteil für die pflegenden Angehörigen: Sie bekommen Geld für eine Arbeit, die sie ohnehin gemacht hätten. Und sie sind offiziell Angestellte des Pflegedienstes, sie müssen sich nicht um einen anderen Job bemühen, die Arbeitsagentur kann keinen Druck machen. Der Vorteil für den Pflegedienstbetreiber: Er braucht sich um nichts zu kümmern. Die Beute, das Geld für Pflege und Hilfen im Haushalt, teilen beide Parteien untereinander auf.

Parallel dazu führt der Pflegedienst eine offizielle Buchhaltung und eine Pflegedokumentation, in der viel mehr Leistungen aufgeführt werden, als erbracht wurden – falls doch mal jemand nachhakt.

Dann sei da diese „Ausbildungsstätte“, ein zweites Standbein des Pflegedienstes. Dort seien Arbeitslose angeblich zu Pflegehelfern geschult worden. Die Arbeitsagentur habe die Ausbildung gefördert, und die Pflegeschüler hätten aus ihrem Bekanntenkreis oder aus der Familie frische Fälle in das System gespült. „Der Dienst kassiert also zweimal“, erklärt der Pfleger, „das Geld von der Arbeitsagentur für die Ausbildung und das Geld für die Pflege vom Sozialamt oder den Pflegekassen.“ Jeder in diesem System hält die Hand auf, jeder schweigt.

Vielleicht gilt das auch für einige der Kontrolleure, die solche Auswüchse eigentlich verhindern sollen: die Mitarbeiter des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK). Sie begutachten die Patienten der Kassen und teilen sie in Pflegestufen ein. Außerdem statten sie den Diensten regelmäßig Besuche ab und prüfen die Qualität der Pflege.

Eingeweihte berichten, dass die Kontrolle nicht immer sauber abläuft. So sollen Mitarbeiter des Medizinischen Dienstes Berlin-Brandenburg pro Pflegestufengutachten 500 Euro von privaten Diensten kassiert haben, wenn sie Patienten in eine höhere Pflegestufe eingruppierten. Die Innenrevision prüft seit Wochen, ob an den Anschuldigungen etwas dran ist. „Das Ergebnis steht noch aus“, sagt der örtliche MDK-Sprecher Hendrik Haselmann.

Eine gewisse Nähe zu den Pflegediensten ist bei den Gutachtern systembedingt vorhanden. Der MDK arbeitet auch mit Honorarkräften, die früher selbst Pfleger waren. Man kennt sich, man duzt sich. Die Verwandlung vom Pfleger zum Gutachter geht rasend schnell: Einen Tag lang werden die Honorarkräfte geschult, 14 Tage begleiten sie einen erfahrenen Kollegen, dann dürfen sie selber ran.

Und auch die Sprache ist ein Problem: Wenn die MDK-Prüfer Hausbesuche machen, können sie sich oft mit russisch- oder türkischstämmigen Patienten nicht verständigen. Also übersetzt derjenige, der gerade geprüft wird – der Pflegedienstchef.

So erfahren die Kontrolleure nicht, dass der Pflegedienst vor der Prüfung hastig ein paar Windelpackungen in die Wohnung geschleppt hat, um den Anschein von Siechtum zu erwecken. Dass die voll belegte Demenz-WG nachts personell unterbesetzt ist. Oder dass der Patient seit Monaten die Pflegedokumentation nicht mehr gegenzeichnet, weil der Pflegedienstchef das einfach selbst übernimmt.

Und selbst wenn die Patienten Deutsch sprechen: Selten lehnen sie sich gegen ihren Dienst auf. Entweder weil sie unter Druck gesetzt worden sind. Oder weil die wirklich Gebrechlichen fürchten müssen, am nächsten Tag allein dazustehen.

Das Geschäft mit der Pflege ist lukrativ. Ein schwerer Pflegefall bringt einem ambulanten Dienst monatlich leicht 1500 bis 2000 Euro ein. Es gibt Ärzte, die ihre Praxis aufgeben, weil sie mit einem Pflegedienst mehr verdienen können.



FTD-Montage: Georg Hagemann/Action press

Es ist ein Markt mit Zukunft, die Republik verweist, immer mehr Hochbetagte brauchen immer mehr Helfer. Zwischen 1999 und 2007 stieg die Zahl der ambulant Gepflegten um 21 Prozent. Das Statistische Bundesamt schätzt, dass im Jahr 2030 insgesamt etwa drei Millionen Menschen gepflegt werden müssen, ein Zuwachs von 33 Prozent gegenüber 2007.

Anders ausgedrückt: Die Pflegekassen wissen nicht wohin mit den Pflegebedürftigen. Sie sind froh über jeden, der einen Dienst eröffnen will. Der Markt ist weitgehend unreguliert, ein Pflegedienstgründer muss nicht einmal vom Fach sein.

Das könnte erklären, warum die Zahl der Pflegedienste etwa in Berlin sprunghaft angestiegen ist: in gut zehn Jahren von 310 auf 505 Unternehmen.

Eine bedenkliche Statistik legt auch Sozialstadtrat Stephan von Dassel in seinem Bezirksamt auf den Tisch. Das Amt hat errechnet, dass in Berlin-Mitte die Bürger mit russischem Pass sechsmal so häufig pflegebedürftig sind wie Bürger mit deutschem Pass. Dass sich von Dassel, stellvertretender Bürgermeister des Bezirks und Grünen-Politiker, seit gut einem Jahr mit den Missständen in der Pflege beschäftigt, gefällt den Parteifreunden ganz und gar nicht. Das Ganze klingt zu sehr nach Sarrazin: böse Ausländer, Sozialschmarotzer. Von Dassel, ein Mittvierziger mit halbrunder Brille und hoher Stirn, drückt sich vorsichtig aus: „Der Missbrauch der Sozialsysteme“, sagt er mit einem gequälten Lächeln, „passt nicht zur grünen Programmatik.“

Trotzdem, sagt er, „wir müssen dringend etwas tun“. Der Markt sei außer Kontrolle. Sein Bezirk gibt jährlich 25 Mio. Euro für Pflege aus, in ganz Berlin

sind es 200 Mio. Euro. „Sicherlich zehn Prozent dieser Summe werden falsch abgerechnet“, schätzt er.

Eine zentrale Prüfstelle für ganz Berlin, die könne helfen, ja. Aber der Senat, seufzt von Dassel, der wolle davon nichts wissen. Er macht deshalb sein eigenes Ding. „Schauen Sie mal“, sagt er, greift unter seinen Schreibtisch und zieht ein Telefon mit Anrufbeantworter hervor. Angehörige und Pfleger können auf das Band sprechen, wenn ihnen etwas auffällt, die Nummer steht im Netz. Mehrmals pro Woche blinkt das Anrufbeantwortersymbol, wenn von Dassel morgens ins Büro kommt. „Man muss ja irgendwo anfangen“, sagt er.

Aber selbst wenn er noch so konkrete Hinweise auf dem Band findet, selbst wenn er Anzeige erstattet und die Staatsanwaltschaft der Sache nachgeht – von Dassel, Röder und ihre Mitstreiter erleben, dass die meisten Verfahren im Sande verlaufen.

Der Frankfurter Staatsanwalt Wanja Welke kann das erklären. Der 40-jährige Jurist ist auf Wirtschaftsstrafsachen spezialisiert, hat jahrelang Abrechnungsbetrüger im Gesundheitswesen verfolgt. Welke sagt: „Die Justiz ist auf diese neue Form der organisierten Kriminalität nicht vorbereitet.“

Die Anzeigen landen häufig in den allgemeinen Abteilungen der Staatsanwaltschaften, zwischen Diebstahl, Raub, Zechprellerei. Die Ermittler bräuchten aber Fachwissen. Die Fälle sind extrem komplex, ohne Dolmetscher geht nichts, das beschlagnahmte Material überfordert sie. „Da stehen dann 20 Kartons mit Unterlagen aus einer Durchsuchung, und es heißt: Machen Sie mal.“

Wenn Pflegedienste und Pflegebedürftige unter einer Decke stecken, hat die Justiz „keine Chance“, sagt Welke. Selbst präzise Hinweise von Angehör-

Wer soll sich um all die **Alten** kümmern? Die Kassen sind froh über jeden neuen Pflegedienst. Gründer müssen nicht vom Fach sein

rigen oder Mitarbeitern helfen wenig. Denn vor Gericht „müssen wir nachweisen, dass an einem konkreten Tag bestimmte Leistungen nicht erbracht, aber abgerechnet worden sind“.

Das gelingt überhaupt nur, wenn die Pflegedokumentation mit den Zeugenaussagen abgeglichen wird. Welche greift deshalb auf externe Gutachter zurück, die sich auf die Auswertung der Pflegedokumentationen spezialisiert haben. Und trotzdem nehmen die Verteidiger den Zeugen oft auseinander. Wer weiß schon, ob er vor drei Jahren an einem bestimmten Tag bei einem bestimmten Patienten eine Insulinspritze gesetzt hat? Auch ein beliebter Trick: Die Beschuldigten tauchen einfach ab, wenn es zu heiß wird. Welche ermittelte einmal zwei Jahre gegen einen ambulanten Dienst aus Hessen, während dieser Zeit wechselte viermal der Besitzer.

Carola Röder, die Neuköllner Kontrolleurin, weiß, dass ihre Recherchen vor Gericht geringe Erfolgsaussichten haben. Und auch die Einschüchterungstaktik der Beschuldigten trägt nicht zur Motivation bei. Sie sei ausländerfeindlich, hege antisemitische Ressentiments, wirft man ihr vor. Einstweilige Verfügungen flattern auf ihren Schreibtisch, Röder muss seitdem die Worte sorgsam wählen – und ja, auch sie lebt in Sorge, dass es ihr die Betrüger irgendwann einmal heimzahlen.

Trotzdem, sie macht weiter. Allein im September und Oktober sind zwei Dutzend neue Hinweise eingegangen. Kollegen aus anderen Bezirken melden sich, fragen sie um Rat. Ein runder Tisch mit Polizei, Staatsanwaltschaft, Pflegekassen tagt regelmäßig. „Wir müssen uns absprechen und eng zusammenarbeiten“, sagt Röder, „nur dann haben wir überhaupt eine Chance.“

„Die Justiz ist auf diese neue Form der organisierten Kriminalität nicht vorbereitet“

WANJA WELKE,
Staatsanwalt in Frankfurt

Wachstumsstrategien für Familienunternehmen.



Jetzt portofrei bestellen!

Die Folgegeneration der Firmengründer ist im Allgemeinen tief in der Familien- und Unternehmenskultur verankert, und zwar oft auf eine überraschend starke und zugleich festgefahrene Weise. Ob Spielzeughersteller, Luxuswarenproduzent oder Medienunternehmen: An irgendeinem Punkt löst sich die Folge-

generation von tradierten Ansätzen und eröffnet den Weg für individuelle Freiheit. Mit einem besonderen Verständnis beschreibt Joachim Schwass Prozesse in Familienunternehmen und gibt ungewöhnlich tiefe Einblicke unter anderem in die Geschichte von Hermès, Henkel und der Lego Group.

Wachstumsstrategien für Familienunternehmen
Joachim Schwass
215 Seiten, 34,90 Euro
FinanzBuch Verlag
Hardcover mit Schutzumschlag
ISBN 978-3-89879-304-9

Jetzt bestellen: www.ftd.de/bibliothek oder Tel. 089/651 28 50

FINANCIAL TIMES
DEUTSCHLAND

Wissen, was wichtig wird. Immer und überall.